



BERGSTRASSE

## PRESSEMITTEILUNG 07/2020

### Schulöffnungen lassen Lehrkräftemangel wieder deutlich erkennbar werden

**Kreis Bergstraße.** In allen Schulformen sind die Schulen nach der durch die Corona-Pandemie bedingten Schließung nun wieder geöffnet. Sehr schnell treten die jahrelangen Versäumnisse des Kultusministeriums zutage. So zumindest die Ansicht des Kreisverbands Bergstraße der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Die Erwartungen der Eltern in Bezug auf die Wiedereröffnung der Schulen dürften deshalb nicht zu hoch sein. Die Beschulung unter den aktuellen Bedingungen unter Gewährleistung der Vorgaben zum Infektionsschutz und zur Minimierung des Ansteckungsrisikos ließen keinen Normalbetrieb zu.

Die Umsetzung von Abstandsregelungen seien gleichbedeutend mit kleineren Klassen, aber auch mit erhöhtem Raum- und Personalbedarf. Daher werde die Schule nun erst einmal bis zum Sommer in einer Art „Notbetrieb“ laufen müssen. Aber nicht nur der Verweis auf die Vorgaben zur Bekämpfung der Pandemie und das fehlende Personal aufgrund der Definition der Risikogruppe erklärt aus Sicht der GEW die aktuelle Situation in den Schulen, sondern auch ein jahrelanges Versagen in der Planung des realen Personalbedarfs an Lehrkräften zeige jetzt seine fatalen Folgen. Die meisten Schulen könnten, selbst wenn sie es wollten, unter diesen Umständen nicht mehr „Präsenzunterricht“ anbieten. Wie unter einem Brennglas würden jetzt die gravierenden Probleme des Bildungssystems ersichtlich.

Einmal mehr werde dies im Bereich der Grundschulen besonders deutlich. Zwar habe das Kultusministerium noch zu Beginn des Jahres den Eindruck erweckt, dass es dort keine Probleme mit der Unterrichtsversorgung gebe, doch das vom Ministerium vorgestellte Maßnahmenpaket zur Lehrkräftegewinnung lasse deutlich erkennen, dass es im Bereich der Grundschulen weiterhin ein eklatanter Lehrkräftemangel bestehe.

Ein Grund, dass die Personaldecke in den Grundschulen dünn geworden ist, werde auch in der Corona-Pandemie gesehen. So habe Kultusminister Lorz angeführt, dass ältere Lehrkräfte, die ihren Ruhestand herausgeschoben beziehungsweise mit einem Angestelltenvertrag weiter an einer Grundschule unterrichtet hätten, nun als Teil der Risikogruppe im kommenden Schuljahr kaum noch zur Verfügung stünden. „Es ist schon interessant, dass nach den Flüchtlingskindern nun das Corona-Virus daran schuld ist, dass es zu Problemen in der personellen Versorgung der Grundschulen kommt. Der Griff an die eigene Nase und das Eingeständnis, in der personellen Planung versagt zu haben, bleiben leider aus“, so das Vorsitzendenteam der GEW Bergstraße, Elke Fischer, Friedemann Sonntag und Holger Giebel, unisono.

Dass sich Lorz nun erneut mit einem „Bettelbrief“ an die Grundschullehrkräfte mit reduzierter Pflichtstundenzahl gewandt und darum gebeten habe, die Stundenzahl aufzustocken, zeige die Hilflosigkeit, die in Wiesbaden herrsche. „Es ist ein Armutszeugnis, wenn teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte, die im Normalfall ihre Stundenzahl auch aus gutem Grund reduziert haben, und Pensionäre dazu beitragen sollen, dass der Schulbetrieb aufrechterhalten werden kann. Das dokumentiert ein bildungspolitisches Versagen“, kritisiert das GEW-Vorsitzendenteam.

Trotz dieser eklatanten Schieflage sei für Lorz aber alles in bester Ordnung. Nach seiner Aussage sei eine Forderung nach einer Bezahlung von Grundschullehrkräften nach der Besoldungsstufe A13 unangebracht, denn angesichts der praktisch garantierten Aussicht auf eine Stelle sei der Beruf auch mit der geltenden Gehaltsstufe attraktiv genug. Auch seien alle Studienplätze belegt. „Das ist in Anbetracht der Tatsache, dass deutlich mehr Lehrkräfte im Ländertauschverfahren das Bundesland verlassen wollen, als es Interessenten an einer Versetzung nach Hessen gibt, eine äußerst merkwürdige Argumentation“, sagen die Bildungsgewerkschafter und verweisen auf den Umstand, dass etliche Bundesländer bereits die Bezüge für Grundschullehrkräfte auf A13 angehoben haben beziehungsweise planen, dies zu tun.

Im Maßnahmenpaket des Kultusministeriums sind außerdem Zwangsabordnungen von Gymnasiallehrkräften an Grundschulen vorgesehen. Aus Sicht der GEW ist bei der Umsetzung solcher Maßnahmen größerer Unmut vorprogrammiert. „Die Lehrkräfte haben sich in aller Regel bewusst ihre Schulform ausgesucht, in der sie unterrichten. Bei den meisten Gymnasiallehrkräften dürfte die Motivation, an einer Grundschule zu unterrichten, daher recht überschaubar sein. Grundschullehrkräfte, die sowieso schon bis zum Anschlag belastet sind, dürften sich wiederum nur sehr widerwillig der abgeordneten Gymnasiallehrkraft annehmen, die aber Unterstützung benötigt, weil sie eben nicht für die Tätigkeit in der Grundschule ausgebildet ist. Dass aber die Gymnasiallehrkraft dann noch besser bezahlt wird, dürfte die Freude der Grundschulkolleginnen und -kollegen nicht gerade überbordend werden lassen“, führen Fischer, Sonntag und Giebel weiter aus.

Außerdem widerspreche der Einsatz von zwangsabgeordneten Gymnasiallehrkräften, die nach dem Fachlehrerprinzip in den 3. und 4. Klassen eingesetzt werden sollen, der pädagogischen Grundhaltung der meisten Grundschulen, die sich im Klassenlehrerprinzip widerspiegeln, dem kontinuierlichen Einsatz einer Lehrkraft in der Klassenführung und in den meisten Fächern von Beginn bis zum Ende der Grundschule. Dies werde mit hoher Wahrscheinlichkeit für viel Unruhe und große Unzufriedenheit sorgen in den betroffenen Schulen und bei den Lehrkräften, die gegen ihren Willen eine Tätigkeit ausüben sollen, die sie sich so selbst nicht ausgesucht haben und für die sie sich nicht ausreichend qualifiziert fühlen, woran auch kurzfristige Fortbildungsmaßnahmen kaum etwas ändern würden.

Als äußerst bedenklich sieht die GEW Bergstraße den Umstand, dass das Kultusministerium das Maßnahmenpaket auf den Weg brachte, ohne zuvor überhaupt die Personalvertretung der Lehrerschaft kontaktiert zu haben. „Dass die Corona-Krise vom Ministerium als Vorwand genutzt wird, mit Verweis auf Paragraph 73 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes, der vorläufige Regelungen bei Maßnahmen gestattet, die keinen Aufschub dulden, alles ohne die Einbindung der Personalvertretung auf den Weg zu bringen, ist schäbig und demokratisch äußerst bedenklich“, so die Gewerkschafter.

- - -